SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa

Fuchs, Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Fuchs, D. (2002). *Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa.* (Veröffentlichung / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse, Abteilung Institutionen und sozialer Wandel, 02-204). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-112996

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Veröffentlichungsreihe der Abteilung **Institutionen und sozialer Wandel** des
Forschungsschwerpunktes Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

ISSN 1615-7559

FS III 02-204

Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa

Dieter Fuchs

Berlin, Dezember 2002

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin,
Telefon: (030) 25 49 1-0

Zitierweise:
Fuchs, Dieter, 2002:
Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas:
Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa.
Discussion Paper FS III 02-204.
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Zusammenfassung

Nach einer verbreiteten Auffassung hat die Transformation der EU zu einem Regime mit supranationalem Charakter, die durch den Vertrag von Maastricht eingeleitet wurde, mehrere legitimationswirksame Konsequenzen. Erstens führt sie zu einer Politisierung der EU, und in Folge davon wird die EU nicht mehr nur mit ökonomischen Effizienzkriterien, sondern auch mit demokratischen Standards konfrontiert. Zweitens wird den Bürgern auf diese Weise das Demokratiedefizit der EU bewusst, und das führt wiederum zu einer Erosion der Unterstützung der EU. Diese Thesen können durch die empirischen Befunde der Analyse nicht bestätigt werden. Nach dem Vertrag von Maastricht ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der EU keineswegs gesunken, und die Kausalanalyse hat gezeigt, dass die EU immer noch primär auf der Grundlage instrumenteller Bewertungsstandards beurteilt wird. Der Bezugspunkt für die demokratischen Standards der Bürger ist offenbar weiterhin der eigene Nationalstaat, und die Einschätzung der Demokratie der EU kann als eine Generalisierung der Zufriedenheit mit der Demokratie des eigenen Landes begriffen werden. Es kann allerdings gefragt werden, ob die EU dauerhaft auf eine Mobilisierung von Unterstützung auf der Grundlage demokratischer Standards verzichten kann. Diese Mobilisierung würde allerdings die Institutionalisierung einer europäischen Demokratie voraussetzen.

Abstract

It is current opinion that the transformation of the EU into a regime with supranational character initiated by the Maastricht Treaty has effects on the legitimacy of the EU. First, this process brings about a politicization of the EU confronting it not only with economic efficiency criteria, but also with democratic standards. Second, citizens become aware of the EU's democratic deficit and this leads to an erosion of support for the EU. Both assumptions are not confirmed by the empirical analyses. Satisfaction with the performance of the EU hasn't declined after the Maastricht Treaty and causal analysis shows that the EU is still evaluated on the basis of instrumental standards. Citizens continue to see their own nation state as bench mark for democratic standards and the evaluation of democracy in the EU can be understood as a generalization of satisfaction with democracy in one's own country. The question is whether the EU can do without mobilizing support based on democratic standards in the long run. But such a mobilization would require an institutionalization of European democracy.

Dieter Fuchs

Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa[1]

1. Problemstellung

Durch den Vertrag von Maastricht, der im Jahre 1993 in Kraft trat, wurde die Europäische Gemeinschaft (EG) zur Europäischen Union (EU). Dieser Übergang bedeutete einen Wendepunkt im Prozess der europäischen Integration. Spätestens seit diesem Vertrag findet eine Transformation von einem intergouvernementalen Regime mit primär ökonomischen Kompetenzen zu einem supranationalen Regime mit weiterreichenden Kompetenzen statt. Diese Transformation hat die Legitimationsgrundlage des europäischen Regimes gravierend verändert (Beetham/Lord 1998; Thomassen/Schmitt 1999).

Die EG war weitgehend ein intergouvernementales Regime und ihre Legitimation war demgemäß eine indirekte, d.h. sie beruhte auf ihren Mitgliedsländern. Alle wesentlichen Interessen der Bürger im Hinblick auf die ökonomische Funktion der EG wurden durch nationalstaatliche Institutionen und Verfahren gebildet und repräsentiert (Lepsius 1999) und die Bürger vertrauten darauf, dass diese Interessen auf der Ebene des europäischen Regierens durch die eigenen Regierungen wirkungsvoll vertreten wurden. Die darauf gründende Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft wurde häufig als ein „permissive consensus“ (Lindberg/Sheingold 1970) bezeichnet.

Mit der EU wurde aber eine ökonomisch-politische Ordnung implementiert, deren Kompetenzen auch verteilungsrelevante Interessenkonflikte zwischen und innerhalb von Nationalstaaten berühren, die unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bürger haben. Das führte unter anderem dazu, dass die EU politisiert wurde und seitdem neben ökonomischen auch mit sozialstaatlichen und demokratischen Werten konfrontiert wird (Lepsius 1999). Durch die Anwendung demokratischer Werte als ein Beurteilungsstandard auf die EU wird das auch schon vorher bestehende Demokratiedefizit des europäischen Regimes sichtbar und überhaupt erst bedeutsam. Nach einer verbreiteten Auffassung erzeugt dieses wahrgenommene *Demokratiedefizit* ein *Legitimationsproblem* der EU

---

1 Erscheint in: Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hrsg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen: Leske + Budrich, 2003.

(Kielmansegg 1996; Blondel/ Sinnott/Svensson 1998; Beetham/Lord 1998; Katz/Wessels 1999; Scharpf 1999; Thomassen/Schmitt 1999).

Diese Diagnose besitzt eine unmittelbare Relevanz für die Diskussion der Reform der EU. Wenn tatsächlich ein gravierendes Legitimationsproblem der EU besteht, das auf das Demokratiedefizit zurückgeht, dann scheint eine bestimmte Reformoption nahezuliegen: die Institutionalisierung einer vollständigen europäischen Demokratie. An dieser Stelle soll die Diskussion darüber ausklammert werden, inwieweit die EU überhaupt demokratiefähig ist (s. dazu Kielmansegg 1996; Offe 1999; Scharpf 1999; Fuchs 2000). In der folgenden Analyse steht die Diagnose selbst im Vordergrund und es wird versucht, die in ihr enthaltenen Annahmen empirisch zu überprüfen:

1. Nimmt die Unterstützung der EU nach Maastricht ab?
2. Haben demokratische Bewertungsstandards einen maßgeblichen Einfluss auf die Unterstützung der EU?
3. Führt die Anwendung demokratischer Bewertungsstandards zu einer Präferenz für eine europäische Demokratie?

Der Einfluss demokratischer Bewertungsstandards kann nur dann angemessen ermittelt werden, wenn um die wichtigsten anderen Erklärungsfaktoren kontrolliert wird. Zu diesem Zweck wird ein Erklärungsmodell der Unterstützung der gegenwärtigen EU und der Präferenz für eine europäische Demokratie vorgeschlagen und getestet.

Unsere Analyse ist folgendermaßen aufgebaut. Sie beginnt mit einem theoretischen Teil. In diesem wird zunächst ein allgemeines Modell der Unterstützung eines politischen Regimes dargestellt. Unter Berücksichtigung der Besonderheit der EU als Einstellungsobjekt und der Verfügbarkeit von Indikatoren wird dieses allgemeine Modell dann für die EU spezifiziert. Danach folgt die empirische Analyse, die wiederum aus drei Teilen besteht: Im ersten Teil erfolgt eine Deskription der Unterstützung der EU von 1985 bis 2001, im zweiten Teil wird eine dimensionale Analyse der Einstellungen zur EU mittels einer Faktorenanalyse durchgeführt und der dritte Teil besteht aus der Schätzung des Analysemodells. Abschließend diskutieren wir die Frage, welche Schlussfolgerungen sich aus den empirischen Befunden für die Legitimation und die Integration der EU ziehen lassen.

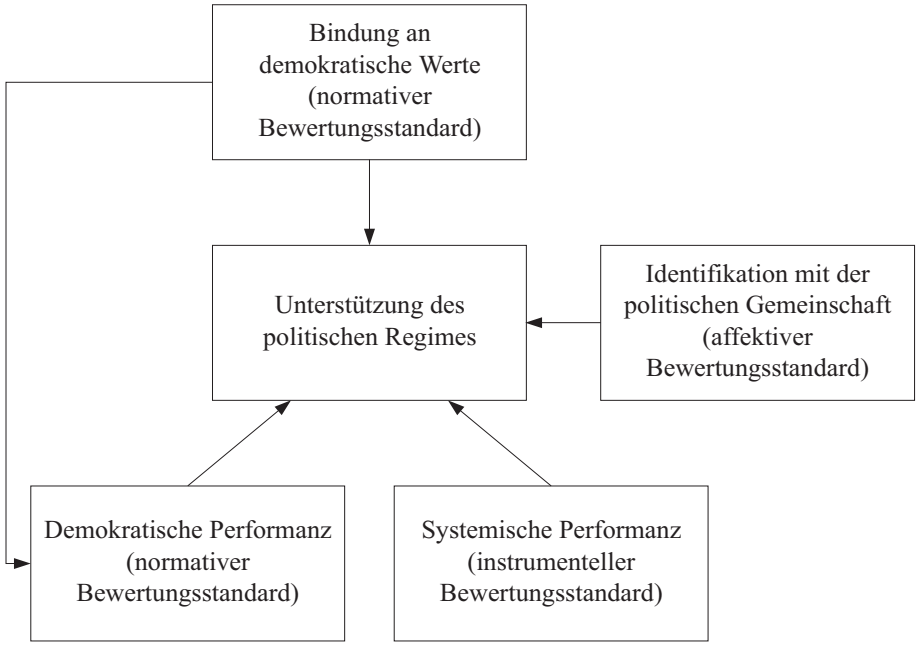
2. Theoretischer Bezugsrahmen

2.1 Ein allgemeines Modell der Unterstützung eines politischen Regimes

Mit dem Vertrag von Maastricht haben die Mitgliedsländer einen beträchtlichen Teil ihrer Kompetenzen auf die EU übertragen. Die EU kann seitdem als ein institutionelles Gefüge

charakterisiert werden, das befugt ist, in einem weiten Spektrum der Politik Entscheidungen zu treffen, die eine direkte Verbindlichkeit auch für die Mitgliedsländer haben. Sie erfüllt dem gemäß die wichtigsten Merkmale eines politischen Regimes. Zur Analyse der Einstellungen der Bürger zur EU kann deshalb das Konzept der Unterstützung eines politischen Regimes herangezogen werden. Die grundlegenden Überlegungen dazu gehen bekannterweise auf David Easton (1965, 1975) zurück. Dieses Konzept ist inzwischen in das Paradigma der politischen Kultur integriert worden (Almond 1980, 1990; Fuchs 2002).

Abbildung 1: Allgemeines Modell der Unterstützung eines politischen Regimes



In der Abbildung 1 ist ein allgemeines Modell der Unterstützung eines politischen Regimes dargestellt. Es enthält die wichtigsten Determinanten, die in der Forschung über politische Unterstützung identifiziert werden konnten, und ordnet sie nach einem hierarchischen Modell des demokratischen Systems (Fuchs 1999). Die hierarchisch höchste Ebene ist die Systemkultur, die aus den Bindungen der Bürger an demokratische Werte konstituiert wird. Diese demokratischen Werte stellen normative oder moralische Bewertungsstandards dar, mit denen das politische Regime konfrontiert wird. In dem Maße, in dem die Bürger glauben, dass das Regime den von ihnen präferierten Werten entspricht, in dem Maße unterstützen sie dieses. Diese Unterstützungsform wird von Easton (1975) als *Legitimität* bezeichnet. Im Unterschied zu Easton wird dieser subjektive Glaube einer Kongruenz zwi-

schen den eigenen Werteprioritäten und dem politischen Regime nicht zu einer bestimmten Einstellungsform verschmolzen, sondern als eine kausale Relation begriffen.
Die hierarchisch unterste Ebene wird als die Prozessebene bezeichnet und sie bezieht sich auf die Wirklichkeit der Demokratie eines Landes. Die demokratische Wirklichkeit wird vor allem durch die Handlungen der politischen Entscheidungsträger und den Ergebnissen dieser Handlungen konstituiert. Die Entscheidungsträger werden von den Bürgern in dem Maße unterstützt, in dem sie mit deren Outputs zufrieden sind. Die Unterstützungsbasis ist also die Performanz[2] der Entscheidungsträger und diese Einstellung bezeichnet Easton (1975) als spezifische Unterstützung. Der Bezugspunkt des Modells ist aber die Unterstützung des Regimes und für dieses Objekt ist eine Einstellung relevant, die von den politischen Entscheidungsträgern lediglich ihren Ausgangspunkt nimmt. Easton (1975) postuliert eine Unterstützungsform des Regimes, die auf einer *Generalisierung* der Performanz einer Reihe von Entscheidungsträgern über einen längeren Zeitraum hinweg gründet. Durch diese Generalisierung verschiebt sich das Unterstützungsobjekt von den Entscheidungsträgern auf das Regime. Diese Unterstützungsform wird bei Easton (1975) *Vertrauen* in das politische Regime genannt. Statt des Vertrauensbegriffs wird in dem Modell der der Performanz verwendet, der sich direkter auf das Kriterium bezieht, nach dem das politische Regime beurteilt wird.

Es werden zwei Kategorien einer generalisierten Performanz unterschieden, die einen Einfluss auf die Unterstützung des politischen Regimes haben. Die *systemische* Performanz beruht auf einem instrumentellen Bewertungsstandard und dieser bezieht sich vor allem auf ökonomische Leistungen, die mit einem materiellen Nutzen für die Bürger verbunden sind. Die *demokratische* Performanz beruht auf einem normativen Bewertungsstandard und bezieht sich darauf, inwieweit die Wirklichkeit des politischen Regimes den eigenen normativen Erwartungen entspricht. Welche Erwartungen das sind, hängt von den Wertebindungen der Bürger ab und dementsprechend wird in dem Modell ein Kausalpfeil von den Wertebindungen auf die demokratische Performanz spezifiziert. Zu den normativen Erwartungen gehört zum Beispiel die Responsivität des Regimes auf die Ansprüche der Bürger und das tatsächliche Funktionieren der institutionellen Mechanismen (Fuchs 1998). Auf der Grundlage ihrer andauernden Erfahrungen – und auf der Grundlage von Sozialisationsprozessen – vertrauen die Bürger im positiven Falle also darauf, dass die institutionelle Struktur des politischen Regimes die Handlungen der Entscheidungsträger so wirksam restringieren, dass diese zum einen demokratischen Prinzipien entsprechen (demokratische Performanz) und zum anderen zur Erzeugung von Outputs führen, die für die Bürger nützlich sind (systemische Performanz).

---

2 Performanz wird als die bewerteten Ergebnisse des Handelns von Entscheidungsträgern begriffen (Roller 2001).

In dem Modell ist mit der Identifikation mit der politischen Gemeinschaft eine weitere Unterstützungsdeterminante aufgeführt, die ebenfalls auf Easton (1975) zurückgeht. Diese Identifikation bedeutet eine diffuse Gefühlsbindung der einzelnen Bürger an die vorgestellte Gemeinschaft und nach Easton geht von einer derartigen Identifikation ein „spill-over" auf das politische Regime aus. Dieser affektive Transfer dürfte um so stärker sein, je mehr die politischen Institutionen von den Bürgern als ein authentischer Ausdruck der Gemeinschaft gesehen werden, der sie sich zurechnen.

2.2 Ein Modell der Unterstützung der Europäischen Union

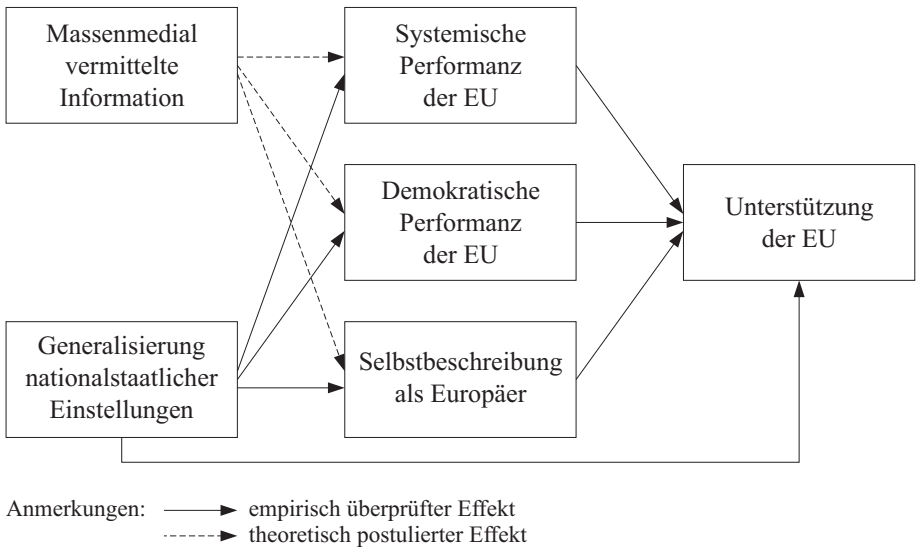
Dieses allgemeine Modell der Unterstützung eines politischen Regimes kann aus zwei Gründen nicht unmittelbar als Analysemodell für die Unterstützung der EU herangezogen werden. Zum einen ist der Bezugspunkt des allgemeinen Modells das politische Regime der Nationalstaaten. Die EU hat einerseits zwar einige Charakteristiken mit den nationalstaatlichen Regimen gemeinsam, weist andererseits aber einige Besonderheiten auf, die Auswirkungen auf die EU als Einstellungsobjekt der Bürger haben und zu einer Modifikation des allgemeinen Modells nötigen. Zum anderen können nicht alle Konstrukte auf der Grundlage des von uns verwendeten Eurobarometers 42 operationalisiert werden. Wir gehen zunächst auf die Indikatorenproblematik ein.

Im allgemeinen Modell der Unterstützung eines politischen Regimes sind vier Determinanten enthalten. Mit Ausnahme der Bindung an demokratische Werte können alle mit den verfügbaren Indikatoren operationalisiert werden. Das Modell der Unterstützung der EU enthält demzufolge drei direkte Determinanten: systemische Performanz der EU, demokratische Performanz der EU und Selbstbeschreibung als Europäer (vgl. Abbildung 2). Letzteres wird nicht „Identifikation mit der europäischen Gemeinschaft" genannt, weil der entsprechende Indikator danach fragt, inwieweit das Individuum sich in nächster Zeit als Europäer sieht. Diese Selbstbeschreibung als Europäer stellt aber eine Vorstufe einer affektiven Identifikation dar und kann somit als ein akzeptables Substitut für die Identifikation mit der europäischen Gemeinschaft gelten.

Dadurch, dass die Bindung an demokratische Werte nicht gemessen wird, ist eine direkte Überprüfung der These eines Legitimationsproblems der EU, das aus deren Demokratiedefizit entspringt, auch nicht möglich. Wenn diese These zutreffen sollte, dann müsste sich das empirisch in einem negativen Effekt der Bindung an demokratische Werte auf die Unterstützung der EU zeigen. Das würde bedeuten, dass viele Bürger *keine* Entsprechung zwischen ihren Werteprioritäten und der institutionellen Struktur der EU sehen würden. Die für unsere Analyse wichtige Frage nach den Auswirkungen des Demokratiedefi-

zits der EU auf ihre Unterstützung kann aber auch auf eine andere Weise analysiert werden. Die Existenz eines demokratischen Regimes ist die notwendige Bedingung für eine demokratische Performanz wie z.B. der Responsivität gegenüber den Präferenzen des Demos oder dem Funktionieren der institutionellen Mechanismen. Erst im Rahmen einer demokratischen Institutionenstruktur stellt sich die Frage, inwieweit die politischen Entscheidungsträger den normativen Erwartungen, die mit dieser Struktur verbunden sind, auf die Dauer tatsächlich entsprechen. Wenn ein politisches Regime in seiner institutionellen Struktur keine Demokratie ist, dann kann es auch keine demokratische Performanz geben. Diese Annahme kann auf der Einstellungsebene folgendermaßen konkretisiert werden: Wenn ein Individuum x eine starke Bindung an demokratische Werte aufweist und ein gravierendes Demokratiedefizit der institutionellen Struktur der EU wahrnimmt, dann nimmt es eine negative Einschätzung der demokratischen Performanz der EU vor und diese resultiert in einem geringen Grad der Unterstützung der EU. Problematische Auswirkungen des Demokratiedefizits der EU nach Maastricht müssten sich demnach in zwei empirischen Befunden zeigen: Erstens in einer zunehmenden Kritik der demokratischen Performanz der EU und zweitens in einem starken Effekt der demokratischen Performanz auf die Unterstützung der EU.

Abbildung 2: Modell der Unterstützung der Europäischen Union



Neben der Verfügbarkeit von Indikatoren führt die schon angesprochene Besonderheit der EU als ein Einstellungsobjekt der Bürger zu einer Modifikation des allgemeinen Modells der Unterstützung eines politischen Regimes. Diese Besonderheit und die daraus entspringenden Schlussfolgerungen werden im Folgenden skizziert.

Die Einstellung zu einem politischen Regime hängt von den Erwartungen ab, die die Bürger gegenüber dem Regime haben. Die meisten Studien gehen im Falle des europäischen Regimes davon aus, dass sich diese vor und nach Maastricht erheblich unterscheiden. Die Vorstellung einer Integration Europas war ursprünglich nicht nur wirtschaftlich motiviert, sondern auch von den historischen Erfahrungen des Kriegs zwischen den europäischen Nationalstaaten und den aktuellen Erfahrungen der kommunistischen Bedrohung geprägt. Inwieweit die darauf gründende Idee Europa auch die Durchschnittsbürger erreicht hat oder ob sie vor allem eine Angelegenheit der politischen Eliten war, ist fraglich und empirisch ungeklärt (vgl. Wessels 1995). Faktisch entwickelte sich die Europäische Gemeinschaft aber als eine Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Ziel der ökonomischen Integration der Mitgliedsländer. Die Verträge wurden zwischen den Mitgliedsländern ausgehandelt und diese waren auch die maßgeblichen politischen Akteure, die die Politik der EG steuerten. Insofern war die EG ein intergouvernementales Regime, dessen Unterstützung durch die Bürger auf zwei Quellen beruhte: erstens auf einem Legitimationstransfer von den Mitgliedsländern auf die EG und zweitens auf der ökonomischen Performanz der EG. Eine differenzierte Kognition des institutionellen Gefüges der EG und eine darauf gründende Bewertung war nicht notwendig. Die Erwartungen der Bürger gegenüber der EG bestanden vor allem in Wohlfahrtssteigerungen und solange diese von ihnen unterstellt wurden, war die Unterstützung der EG auch nicht gefährdet.

Durch den Vertrag von Maastricht erfolgte eine erhebliche Kompetenzverlagerung von den Nationalstaaten auf die EU und es wurden eine Reihe struktureller Veränderungen an den Organen der EU vorgenommen. Damit wurde die EU als ein supranationales Regime implementiert, das sich oberhalb der politischen Regime der Mitgliedsländer etablierte und seitdem deren politische Steuerungsfähigkeit empfindlich einschränkt. Die für die vorgelegte Analyse wichtige Frage ist, ob und in welcher Weise sich diese objektive Transformation auch auf die subjektiven Einstellungen der Bürger niederschlägt: Wird die EU als ein eigenständiges Regime wahrgenommen und wird sie nicht mehr nur nach instrumentellen Nutzenerwägungen, sondern auch nach den normativen Standards demokratischer Performanz bewertet? Bezüglich dieser Frage können zwei konkurrierende Auffassungen gegenübergestellt werden.

Die meisten Autoren gehen davon aus, dass durch die Politisierung der EU im Gefolge von Maastricht den Bürgern die EU als ein eigenständiges politisches Regime mit umfassenden Kompetenzen auch bewusst wurde und sie als Folge davon ihre Bewertungskriterien veränderten. Nur unter dieser Prämisse kann plausiblerweise angenommen werden, dass die Bürger ein Demokratiedefizit der EU wahrnehmen, dieses als bedeutsam erachten und somit ein Legitimationsproblem der EU entsteht.

Die Frage ist allerdings, ob mit diesen Vorstellungen die kognitiven und motivationalen Ressourcen der Bürger hinreichend in Rechnung gestellt werden. Diese Skepsis lässt sich in Anlehnung an die Einstellungsforschung genauer formulieren und darauf aufbauend kann eine konkurrierende Auffassung expliziert werden. Die Entwicklung einer eigenständigen Einstellung zu einem bislang noch wenig vertrauten Objekt erfordert Informationen und, da die Akquirierung von Informationen kostenreich ist, auch Motivation (Zaller 1992). Die institutionelle Struktur und die Entscheidungsprozesse der EU sind aber derart komplex und intransparent, dass der Erwerb von Informationen, die das politische Regime der EU als ein umrissenes und konturiertes Einstellungsobjekt der Bürger erst konstituieren würde, äußerst aufwändig und somit eher unwahrscheinlich ist. Das trifft um so mehr zu, als Politik für die Bürger kein zentraler Gegenstandsbereich ist. Im Unterschied zur EU haben die nationalstaatlichen Regime eine eindeutige Struktur mit einer hierarchischen Anordnung ihrer Institutionen sowie klaren Verantwortlichkeiten und Zurechenbarkeiten. Mit diesem Regime sind die Bürger vertraut und in dieses sind sie auf eine nachvollziehbare und folgenreiche Weise durch ihre politischen Beteiligungsrechte eingebunden. Bei der gegenwärtigen institutionellen Ausgestaltung des Verhältnisses des supranationalen Regimes der EU und der nationalstaatlichen Regime der Mitgliedsländer – letztere sind faktisch vor allem aber in der Wahrnehmung der Bürger auch auf der europäischen Ebene immer noch die dominanten Akteure – und vor dem Hintergrund der geschilderten kognitiven und motivationalen Restriktionen bleiben die nationalstaatlichen Regime bis auf weiteres vermutlich die primären Bezugspunkte der Herausbildung politischer Einstellungen und Erwartungen. Diese Annahme machen wir uns für die Spezifikation des Unterstützungsmodells der EU in einer bestimmten Weise zunutze und knüpfen dabei an eine Analyse von Gregory A. Caldeira und James L. Gibson (1995) an.

Der Untersuchungsgegenstand ihrer Analyse ist die Unterstützung des europäischen Gerichtshofs, also einem Organ der EU. Die beiden Autoren gehen davon aus, dass diese Institution eine geringe Zentralität für die Bürger besitzt und diese dementsprechend auch über wenig Informationen über sie verfügen. Die Unterstützung von derartigen „obscure institutions such as the Court of Justice“ (Caldeira/Gibson 1995: 356) basiert nach ihnen auf der Anwendung grundlegender politischer Werte, die in anderen Kontexten erworben wurden, auf die kognitiv unscharfen Institutionen. Wenn man diesen Analysebefund etwas verallgemeinert, dann findet eine Generalisierung von Einstellungen gegenüber bekannten auf unbekannte Institutionen statt. Was kann das für die Unterstützung der EU bedeuten?

Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, in welchem Maß man bei den Bürgern eine Elaboriertheit der kognitiven Repräsentanz und eine umfassende Informationsbasis über die EU unterstellen kann. Je höher der Elaboriertheitsgrad der kognitiven Repräsentanz und je umfangreicher die Informationsmenge, desto eigenständiger dürfte die Einstel-

lung zur EU sein und je geringer diese beiden Ressourcen ausgeprägt sind, desto stärker dürfte die Unterstützung der EU auf einer Generalisierung von Einstellungen beruhen, die im nationalstaatlichen Kontext entstanden sind. Im Hinblick auf die beiden konkurrierenden Auffassungen über die EU als Einstellungsobjekt wird in dem in Abbildung 2 dargestellten Modell von einer „mittleren“ Lösung ausgegangen. Nach unserer Auffassung ist die EU zwar ein unschärferes Einstellungsobjekt als in vielen theoretischen Analysen angenommen wird, aber das bedeutet nicht, dass es als Einstellungsobjekt mit einer mehr oder weniger großen Eigenständigkeit praktisch nicht existiert, wie das bei dem Europäischen Gerichtshof der Fall ist. In dem Modell werden – der „mittleren“ Lösung entsprechend – EU-spezifische Einstellungen als direkte Determinanten der Unterstützung der EU postuliert. Diese werden wiederum von entsprechenden nationalstaatlichen Einstellungen beeinflusst. Neben der Generalisierung nationalstaatlicher Einstellungen wird in dem Modell ein Effekt der massenmedial vermittelten Informationen über die EU auf die Einstellungen zur EU angenommen. Damit wird der Erkenntnis der Einstellungsforschung gefolgt, dass bei politischen Objekten, die relativ fern zur Lebenswelt der Individuen liegen, diese Informationsquelle wesentlich für die Einstellungsbildung ist (Zaller 1992). Dieser Effekt kann allerdings mit dem verwendeten Datensatz empirisch nicht analysiert werden, er dient also lediglich der Komplettierung des theoretischen Modells.

Abschließend soll auf die These zurückgekommen werden, dass sich durch die Transformation der EG zur EU die Unterstützungsgrundlage des europäischen Regimes verändert hat und das Demokratiedefizit der EU zu einem Legitimationsproblem führt. Bezogen auf das Unterstützungsmodell kann diese These in Form von zwei empirisch testbaren Erwartungen umformuliert werden: Erstens müsste die demokratische Performanz der EU auch unter Berücksichtigung der systemischen Performanz einen signifikanten Effekt auf die Unterstützung der EU haben und zweitens müsste sich die Einschätzung der demokratischen Performanz der EU weitgehend unabhängig von der Einschätzung der demokratischen Performanz des eigenen Nationalstaats bilden.

Vor der empirischen Analyse des Unterstützungsmodells der EU sollen noch kurz die Verteilungen der Unterstützung der EU im Zeitverlauf analysiert und eine Faktorenanalyse zur Ermittlung der Struktur der Einstellungen zur EU und zum eigenen Nationalstaat durchgeführt werden. Diese beiden vorgängigen Analyseschritte geben bereits erste Aufschlüsse darüber, inwieweit sich durch und nach Maastricht die Einstellungen zur EU tatsächlich geändert haben und inwieweit die EU für die Bürger ein eigenständiges Einstellungsobjekt mit eigenständigen Bewertungskriterien darstellt.

3. Empirische Analyse

3.1 Die Unterstützung der EU im Zeitverlauf

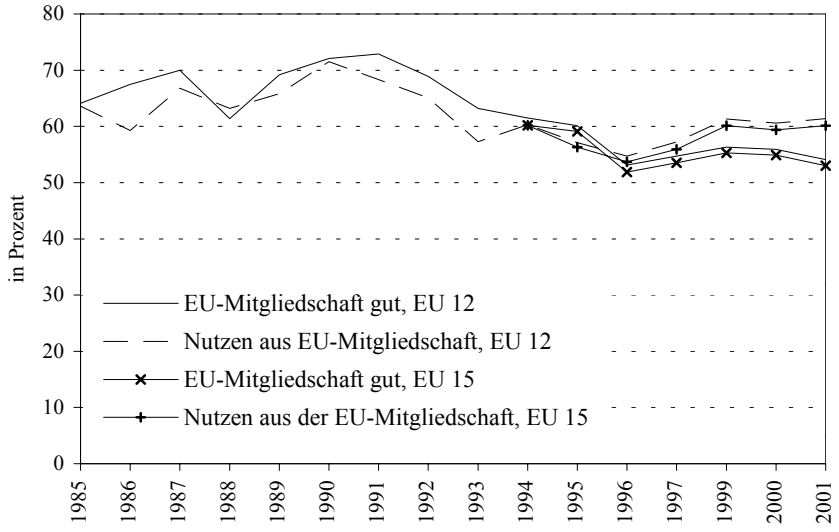
In diesem Abschnitt wird die Unterstützung der EU durch die Bürger der Mitgliedsländer im Zeitverlauf analysiert. Dabei werden drei Indikatoren berücksichtigt. Einer bezieht sich auf die abhängige Variable des Modells der Unterstützung der EU (vgl. Abbildung 2). Er fragt danach, ob die Mitgliedschaft des eigenen Landes eine gute oder schlechte Sache sei (zur genauen Frageformulierung dieser und der anderen verwendeten Indikatoren s. Anhang). Gut/schlecht ist das allgemeinste Bewertungskriterium eines Objekts und dementsprechend wird diese Frage von den meisten Autoren auch als ein Indikator der generalisierten Unterstützung der EU angesehen (Niedermayer 1995). Die anderen beiden Indikatoren sind Messungen der beiden wichtigsten unabhängigen Variablen. Einer fragt nach dem Nutzen, den das eigene Land durch die Mitgliedschaft in der EU gehabt hat. Nutzenerwägungen sind ein instrumenteller Bewertungsstandard und insofern kann dieser Indikator als ein angemessenes Messinstrument zur Erfassung der systemischen Performanz der EU angesehen werden. Der andere erfasst die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU. Die EU soll also unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, inwieweit sie faktisch – beispielsweise im Operieren ihrer institutionellen Mechanismen oder bei den Handlungen der Entscheidungsträger – den normativen Erwartungen entspricht, die mit einer Demokratie verbunden sind. Dieser Indikator kann deshalb als eine angemessen Operationalisierung der demokratischen Performanz der EU angesehen werden.

In der Abbildung 3 ist die generalisierte Unterstützung der EU und die Einschätzung des Nutzens des eigenen Landes aus der EU-Mitgliedschaft von 1985 bis 2001 dargestellt. Die Zeit vor und nach Maastricht ist mit etwa gleich großen Phasen berücksichtigt.[3] Da in der Diskussion über das Demokratiedefizit und das Legitimationsproblem der EU die Behauptungen meistens auf die EU-Bürger insgesamt bezogen werden, vernachlässigen wir die Länderunterschiede und konzentrieren uns auf die aggregierten Einstellungen der Bürger der Mitgliedsländer zur EU, wobei die Stichproben der einzelnen Länder nach der relativen Größe ihrer Bevölkerung gewichtet sind. Dadurch soll sich dem Vorstellung eines europäischen Demos, in dem jeder Bürger gleiches Gewicht hat, möglichst weit angenähert werden. Bei der Analyse der Trends beschränken wir uns auf die in unserem Analysekontext interessierenden Gesichtspunkte. Der wichtigste ist, ob Maastricht tatsächlich das Ereignis gewesen ist, das die Einstellungen der Bürger zur EU umstrukturieren konnte und zu einer Abnahme der generalisierten Unterstützung der EU sowie zu einer kritischen Einschätzung der demokratischen Performanz der EU geführt hat.

---

3 Zu einer Analyse der Trends auch von 1970 bis 1985 vgl. Niedermayer (1995).

Abbildung 3: Unterstützung der Europäischen Union bei den Bürgern der Mitgliedsländer 1985-2001[a]



a Nach der Bevölkerungsgröße gewichtetes Aggregat der Befragten aller Länder.
Quelle: Eurobarometer 24 (1985) - 55.1 (2001).

Von 1985 bis 1991 zeigen die beiden Kurvenverläufe einen relativ kontinuierlichen Anstieg der Unterstützung der EU – mit einer Unterbrechung im Jahre 1988. Nach 1991 setzte ein starker Unterstützungsabfall ein, der bis 1996 anhielt. Diese Unterstützungserosion begann also schon vor Maastricht und bestenfalls kann angenommen werden, dass die massenmedial vermittelte Diskussion im Vorfeld von Maastricht zu dieser Entwicklung geführt hat (Niedermayer 1995). Diese Annahme würde aber eine relativ hohe Sensibilität der Bürger gegenüber einer Elitendiskussion über einen noch zu erstellenden und zu verabschiedenden Vertrag voraussetzen.

Nach 1996 erholte sich die Unterstützung der EU bei den Bürgern wieder etwas, auch wenn das Durchschnittsniveau um ca. 10 Prozentsatzpunkte unter dem der zweiten Hälfte der achtziger Jahre blieb. Bemerkenswert ist aber die Schere, die sich zwischen der allgemeinen und der nutzenbezogenen Einstellung zur EU nach 1996 andeutet: Der Anstieg der Nutzeneinschätzung ist stärker als der der allgemeinen Bewertung. Das könnte man dahingehend interpretieren, dass die allgemeine Einstellung zur EU auch von anderen Faktoren als den Nutzenerwägungen beeinflusst wird und diese zu einer skeptischeren Einschätzung führten. Bei einem dieser anderen Faktoren könnte es sich um die demokratische Performanz der EU handeln.

Tabelle 1: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union (in Prozent)[a]

	1994	1995	1999	2000
Sehr zufrieden	3,0	3,6	11,7	10,7
Ziemlich zufrieden	41,8	41,1	51,3	50,8
Nicht sehr zufrieden	40,9	39,3	27,4	29,0
Überhaupt nicht zufrieden	14,4	15,9	9,6	9,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

a Nach der Bevölkerungsgröße gewichtetes Aggregat der Befragten aller Länder.
Quelle: Eurobarometer 42 (1994), 43.1 (1995), 51 (1999), 54.1 (2000).

Die in der Tabelle 1 aufgeführten Prozentsätze können diese Interpretation allerdings nicht stützen. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie der EU ist nach 1994 eher angestiegen als gesunken. Wenn man die beiden positiven Kategorien dieser Demokratiezufriedenheit zusammenfasst und mit dem entsprechenden Prozentsatz einer positiven Nutzeneinschätzung vergleicht, dann ist der Prozentsatz derjenigen, die mit dem Funktionieren der Demokratie der EU zufrieden sind, sogar noch etwas höher als der Prozentsatz derjenigen, die eine positive Nutzenbewertung der EU vornehmen.

Die präsentierte deskriptive Analyse kann also die Annahme, dass nach Maastricht eine Erosion der generalisierten Unterstützung der EU begann und sich eine zunehmende Unzufriedenheit mit der demokratischen Performanz der EU einstellte, nicht bestätigen. Inwieweit es zwischen der demokratischen Performanz und der generalisierten Unterstützung der EU einen systematischen Zusammenhang gibt, wird im Anschluss an die dimensionale Analyse untersucht.

3.2 Dimensionen der Einstellungen zur Europäischen Union und zum eigenen Nationalstaat

Mit einer Faktorenanalyse wird zu klären versucht, ob die Bürger zwischen den im Modell der Unterstützung der EU (vgl. Abbildung 2) postulierten Einstellungskonstrukten auch tatsächlich separieren. Die Datenbasis bildet der Eurobarometer 42, der im Jahre 1994 in den fünfzehn Mitgliedsländern der EU erhoben wurde. Dieser Eurobarometer enthält unter allen Erhebungen nach Maastricht bei weitem die meisten Indikatoren, die für das Modell der Unterstützung der EU relevant sind. Das Erhebungsjahr liegt zwar schon einige Jahre zurück, aber es kann davon ausgegangen werden, dass sich die Einstellungsstruktur der Bürger seitdem nicht gravierend geändert hat. Das Ereignis, von dem eine Veränderung

ausgegangen sein könnte, der Vertrag von Maastricht, liegt vor dieser Erhebung. Das trifft sowohl für die Verabschiedung als auch das Inkrafttreten des Vertrags zu.

In die Faktorenanalyse sind alle im Eurobarometer 42 enthaltenen Indikatoren aufgenommen worden, von denen plausiblerweise unterstellt werden kann, dass sie eines der theoretischen Konstrukte des Analysemodells messen (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Dimensionen der Einstellung zur Europäischen Union und zur nationalen - Demokratie (Faktorenanalyse)[a]

	1	2	3	4	5	6
Generalisierte Unterstützung der gegenwärtigen EU						
Mitgliedschaft (positiv)	,822					
Auflösung Europäische Union	,781					
Vereinigung Westeuropas	,735					
„Neue“ Europäische Union: nach Maastricht	,543					
Befürwortung einer weiteren politischen Integration						
Europäische Regierung	,588					
Machtzuwachs des EP	,665					
Stärkere Rolle des EP	,503					
Souveränitätstransfer zur EU	-,459					
Systemische Performanz der EU						
„Neue“ Europäische Union: einheitlicher Markt	,509					
Mitgliedschaft (Nutzen)	,646					
Demokratische Performanz der EU						
Handeln in Bürgerinteresse: Europ. Kommission					-,794	
Handeln in Bürgerinteresse: Europ. Parlament					-,802	
Handeln in Bürgerinteresse: Ministerrat					-,744	
EP vertritt Bürgerinteressen	,259				-,465	
Demokratiezufriedenheit: EU						,502
Demokratische Performanz des eigenen Landes						
Handeln in Bürgerinteresse: Nationale Regierung		,789				
Handeln in Bürgerinteresse: Nationales Parlament		,823				
Demokratiezufriedenheit: Eigenes Land						,706
Demokratiezufriedenheit: Stadt/Dorf						,585
Kollektive Identität						
Nationale Identifikation						
Selbstbeschreibung als Europäer	-,400					
Politisches Interesse						
Politisches Interesse allgemein				,807		
Interesse an europäischer Politik				,815		
Nationale Ökonomie						
Ökonomische Situation gegenwärtig			,641			
Beschäftigungssituation gegenwärtig			,622			
Ökonomische Situation zukünftig			,713			
Beschäftigungssituation zukünftig			,784			

a Hauptachsenanalyse, Oblimin-Rotation, erklärte Varianz: 51,22 %; nach der Bevölkerungsgröße gewichtetes Aggregat der Befragten aller Länder.
Quelle: Eurobarometer 42 (1994).

Die „Unterstützung der EU“ wird in zwei Einstellungen unterteilt: die eine bezieht sich auf die „generalisierte Unterstützung der gegenwärtigen EU“ und die andere auf die „Befürwortung einer weiteren politischen Integration“. Zwei der vier Indikatoren, die der letztgenannten Einstellung zugeordnet sind, erfassen eine Einstellung zu einer stärkeren Rolle des Europäischen Parlaments und einer fragt nach der Haltung der Bürger zu einer europäischen Regierung, die dem Europäischen Parlament gegenüber verantwortlich ist. Die Befürwortung einer weiteren europäischen Integration, die mit diesen Indikatoren gemessen wird, bedeutet letztlich also die Institutionalisierung einer europäischen Demokratie als Form der weiteren europäischen Integration.

Ein für unsere Fragestellung wichtiges Konstrukt ist die „demokratische Performanz der EU“. Zur Messung dieser Einstellung haben wir dieselben Indikatoren herangezogen, die schon Robert Rohrschneider (2002) in einer vergleichbaren Analyse verwendet hat. Drei der fünf Indikatoren beziehen sich auf zentrale Institutionen der EU, und zwar auf die Kommission, das Europäische Parlament und den Ministerrat. Die Befragten sollten sich dazu äußern, inwieweit die Entscheidungen, die in diesen Institutionen getroffen werden, „in the interest of people like yourself“ sind. Ähnlich ist die Frageformulierung des vierten Indikators „EP vertritt Bürgerinteressen“: „As an European citizen, do you think the European Parliament protects your interest?“ Mit einer wichtigen Einschränkung, auf die noch eingegangen wird, können diese Indikatoren als eine subjektive Einschätzung begriffen werden, dass die EU dem grundlegenden demokratischen Kriterium der *Responsivität* (Fuchs 1998) entspricht. Direkter auf die demokratische Performanz der EU bezieht sich der bereits diskutierte Indikator, der nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU fragt. Er kann deshalb als der relativ valideste Indikator des Konstrukts angesehen werden.

Bei der Faktorenanalyse wurde ein Rotationsverfahren gewählt, das von der realistischen Annahme einer Korrelation der Faktoren und d.h. der latenten Konstrukte ausgeht. Bei einer orthogonalen Rotation würde sich diese Korrelationen letztlich in Form „schmutziger“ Faktorenladungen ausdrücken und das Ergebnis wäre relativ unübersichtlich und nur schwierig interpretierbar. Für unseren Analysekontext sind vor allem vier Befunde der Faktorenanalyse relevant. Erstens differenzieren die Bürger offenbar kaum zwischen der generalisierten Unterstützung der gegenwärtigen EU und der Befürwortung einer weiteren politischen Integration. Alle Indikatoren dieser beiden Konstrukte laden auf dem ersten Faktor. Die gegenwärtige Einschätzung beeinflusst demnach auch die zukünftige Präferenz. Das ist schon deshalb bemerkenswert, weil die zukünftige Präferenz mit Indikatoren gemessen wird, die letztlich auf die Einrichtung einer europäischen Demokratie abzielen. Zweitens zeigt der Sachverhalt, dass die beiden Indikatoren der systemischen Performanz der EU ebenfalls auf diesem ersten Faktor laden, dass zwischen der generalisierten Unter-

stützung der EU und der systemischen Performanz der EU ein starker Zusammenhang besteht. Ob dieser Zusammenhang bedeutet, dass die Bürger zwischen den beiden Dimensionen kognitiv und evaluativ überhaupt nicht unterscheiden oder ob er der Ausdruck einer starken Determination der generalisierten Unterstützung der EU durch die systemischen Performanz ist, kann mit der Faktorenanalyse nicht beantwortet werden. Drittens kann die demokratische Performanz der EU als eine eigenständige Einstellung angesehen werden, da zumindest vier der entsprechenden Indikatoren einen eigenen Faktor konstituieren.

Bei dieser letztgenannten Schlussfolgerung muss allerdings eine Relativierung vorgenommen werden. Die Demokratiezufriedenheit mit der EU lädt nicht auf diesem Faktor, sondern bildet mit der Demokratiezufriedenheit des eigenen Landes und der eigenen Stadt einen eigenen Faktor, und das ist der vierte wichtige Befund der Faktorenanalyse. Die Demokratiezufriedenheit der EU wird demgemäß nicht unabhängig von der Demokratiezufriedenheit im nationalstaatlichen Kontext eingeschätzt. Bei dieser Einstellung scheint also die theoretisch postulierte Generalisierung nationalstaatlicher Einstellungen auf die Einstellungen zur EU auch tatsächlich stattzufinden. Das gleiche gilt für das politische Interesse: das allgemeine politische Interesse und das Interesse an europäischer Politik bilden einen Faktor. Welche Effekte die nationalstaatlich generierten Einstellungen auf die Einstellungen zur EU tatsächlich haben, wird in dem nachfolgenden Abschnitt analysiert.

3.3 Determinanten der Unterstützung der Europäischen Union

Die Zielsetzung diesen Abschnitts besteht in der Schätzung des Modells der Unterstützung der EU (vgl. Abbildung 2). Die abhängige Variable des Modells ist das Konstrukt „Unterstützung der EU“. Bei der Modellschätzung wird dieses in zwei Teilkonstrukte differenziert (vgl. Tabelle 3). Das eine bezieht sich auf die „generalisierte Unterstützung der EU“ und wird mit der Frage gemessen, ob die Mitgliedschaft in der EU für das eigene Land gut oder schlecht sei. Das andere bezieht sich auf die „Unterstützung einer europäischen Regierung“. Der Indikator, mit dem diese Einstellung erfasst wird, besteht in der Frage, ob man die Implementation einer europäischen Regierung, die dem europäischen Parlament verantwortlich ist, befürwortet oder nicht. Eine derartige Verantwortlichkeit würde auf die Einrichtung einer europäischen Demokratie hinauslaufen.

Als unabhängige Variablen sind Indikatoren für alle drei der im Modell spezifizierten direkten Determinanten der Unterstützung der EU verwendet worden. Die Auswahl dieser Indikatoren erfolgte nach zwei Kriterien: erstens nach der *face validity* zur Erfassung der theoretischen Konstrukte und zweitens nach der Höhe der Faktorladung (vgl. Tabelle 2). Neben den in dem Unterstützungsmodell enthaltenen unabhängigen Variablen haben wir

bei der Schätzung noch einen Indikator für die kognitive Mobilisierung – das „Interesse an europäischer Politik“ – einbezogen. Wir folgen damit den Analysemodellen von Gabel (1998) und Rohrschneider (2002).

Eine Reihe von empirischen Analysen hat gezeigt, dass die ökonomische Performanz der EU ein wichtiger Prädiktor der Unterstützung der EU ist (Eichenberg/Dalton 1993; Gabel/Palmer 1995; Anderson/Reichert 1996; Gabel 1998). Dieses wenig überraschende Ergebnis kann als gesichertes Ergebnis der empirischen EU-Forschung gelten. Uns interessiert aber die Frage, welchen Stellenwert die demokratische Performanz der EU hat, auch wenn um die ökonomische Performanz kontrolliert wird. Eine solche Analyse hat Rohrschneider (2002) durchgeführt, die zudem denselben Datensatz verwendet, auf den sich die hier durchgeführte Analyse stützt. Die Studie von Rohrschneider bildet deshalb einen wichtigen Referenzpunkt für unsere Analyse. Diese unterscheidet sich von der Rohrschneiders aber in einigen wichtigen Punkten. Erstens erklären wir nicht nur die Unterstützung einer europäischen Regierung, sondern auch die generalisierte Unterstützung der gegenwärtigen EU. Zweitens führen wir die Modellschätzung nicht für die einzelnen Länder durch, sondern für die Gemeinschaft der europäischen Bürger insgesamt. Wir haben an anderer Stelle schon festgestellt, dass zu diesem Zweck die Länderstichproben nach der Bevölkerungsgröße gewichtet werden. Auf diese Weise soll so weit wie möglich der europäische Demos als Grundlage und Bezugspunkt der Analyse dienen. Drittens haben wir die nationalstaatlichen Einstellungen nicht nur als direkte Prädiktoren der Unterstützung der EU spezifiziert, sondern auch als Einflussfaktoren auf diejenigen Einstellungen, die die Unterstützung der EU determinieren. Viertens wird zur Operationalisierung der kollektiven Identität nicht nur die Identifikation mit der eigenen Nation herangezogen, sondern auch die Selbstbeschreibung als Europäer.

Ein fünfter Unterschied bezieht sich auf die systemische Performanz der EU, der ein instrumenteller Bewertungsstandard zugrunde liegt. Dieser Unterschied ist für die Ergebnisse der Modellschätzung der folgenreichste. Das theoretische Konstrukt von Rohrschneider (2002: 465), das sich auf die instrumentelle Bewertung der EU bezieht, wird „evaluations of EU’s economic performance“ genannt. Dieses Konstrukt wird durch zwei Indikatoren repräsentiert. Der eine ist die Einschätzung der nationalen Ökonomie. Dabei handelt es sich aber um eine sehr indirekte Messung des Konstrukts und unter anderem deshalb hat diese Variable auch keinen signifikanten Effekt auf die Unterstützung der EU. Das trifft sowohl für Rohrschneiders als auch für die hier vorgelegte Analyse zu. Der andere fragt danach, ob der einheitliche europäische Markt, der 1993 entstand, den Befragten hoffnungsvoll stimmt. In diesem Falle ist das Stimulusobjekt zwar ein zentrales Merkmal der EU, aber die ökonomische Performanz wird wiederum relativ indirekt gemessen. Diejenige Einstellung, von der nach der Forschungslage der relativ stärkste Effekt angenommen wer-

den kann, ist mit diesen beiden Indikatoren also nicht optimal operationalisiert. Das führt dann auch zu einer Überschätzung der Erklärungskraft der demokratischen Performanz der EU bei Rohrschneider (2002).

Der Indikator aus dem Eurobarometer 42, der unseres Erachtens einen instrumentellen Bewertungsstandard gegenüber der EU am besten repräsentiert, ist die Frage nach dem Nutzen der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU. Indem ganz allgemein nach dem Nutzen gefragt wird, hat der Befragte die Möglichkeit, sich nicht nur auf die ökonomische Performanz zu beziehen, sondern auch auf andere Outputs der EU. Diese können beispielsweise Umverteilungen im Rahmen des Agrarhaushaltes sein, Zuwendungen aus dem Regionalfond und auch gemeinsame sicherheitspolitische Maßnahmen. Unter anderem aus diesem Grunde ist es sinnvoller, das theoretische Konstrukt nicht als ökonomische, sondern als systemische Performanz zu bezeichnen.

Gegenüber diesem Indikator ließe sich aber der Einwand vorbringen, dass die Bürger zwischen der Nutzeneinschätzung der EU und der generalisierten Unterstützung der EU nicht differenzieren und somit eine Tautologie vorliegt, wenn man zwischen beiden eine Kausalbeziehung postuliert. Dieser Einwand könnte zwar mit dem Verweis auf die Faktorenanalyse (vgl. Tabelle 2) abgestützt werden, da der Indikator zur Nutzeneinschätzung und die Indikatoren zur generalisierten Unterstützung einen Faktor bilden. Dieser Einwand scheint uns dennoch nicht triftig zu sein. Erstens lädt auf diesem Faktor auch die Einstellung zu dem einheitlichen Markt, die Rohrschneider (2002) als einen Indikator der ökonomischen Performanz und als eine unabhängige Variable annimmt. Zweitens ist schon festgestellt worden, dass dieser Befund der Faktorenanalyse auch bedeuten kann, dass die systemische Performanz der EU einen starken Effekt auf die generalisierte Unterstützung der EU hat und aus diesem Grunde die Indikatoren beider Konstrukte einen Faktor bilden. Der Begriff des Nutzens ist auch ein alltagssprachlicher Begriff und die alltagssprachliche Bedeutung entspricht durchaus derjenigen aus dem Rational-Choice-Ansatz. Es kann deshalb angenommen werden, dass mit der Frage nach dem Nutzen eine für die Bürger nachvollziehbare spezifische Bewertungsperspektive der EU errichtet wird. Diese entspricht ja auch der Funktion der EU, so wie sie den Bürgern in den Massenmedien und von den politischen Eliten vermittelt wird.

Nach diesen vorbereitenden Erläuterungen können wir uns den Ergebnissen der Modellschätzung zuwenden, die auf OLS-Analysen beruhen. Zunächst wird auf die *generalisierte Unterstützung der EU* eingegangen. Das Resultat der in der Tabelle 3 dargestellten Schätzung ist eindeutig. Bei der Interpretation der Befunde beschränken wir uns auf die Höhe der Regressionskoeffizienten und vernachlässigen das Signifikanzkriterium, das angesichts der großen Fallzahl des gepoolten Datensatzes wenig aussagekräftig ist. Den mit Abstand stärksten Effekt hat die Nutzeneinschätzung und danach die Bewertung des ein-

heitlichen Marktes. Die systemische Performanz der EU besitzt also die weitaus größte Erklärungskraft. Unter den restlichen Variablen weist lediglich die Beurteilung, ob das Europäische Parlament im Bürgerinteresse handelt, einen standardisierten Regressionskoeffizient von knapp über 0,10 auf. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU hat fast keinen Einfluss. Auf diesen Tatbestand kommen wir bei der Erörterung der Schätzung für die Unterstützung einer europäischen Regierung noch einmal zurück. Nach dieser Analyse beruht die generalisierte Unterstützung der EU auch nach Maastricht vor allem auf einem instrumentellen Bewertungsstandard und das heißt, der Einschätzung der systemischen Performanz der EU.

Tabelle 3: Determinanten der Unterstützung der Europäischen Union

	Generalisierte Unterstützung der EU	Unterstützung einer europäischen Regierung
Systemische Performanz der EU		
Mitgliedschaft (Nutzen)	,420 (,620)	,196 (,178)
„Neue“ Europäische Union: einheitlicher Markt	,194 (,179)	,140 (,080)
Demokratische Performanz der EU		
Handeln in Bürgerinteresse: EP	,113 (,166)	,224 (,203)
Demokratiezufriedenheit: EU	,061 (,058)	,079 (,047)
Europäische Identität		
Selbstbeschreibung als Europäer	-,098 (-,083)	-,129 (-,067)
Politisches Interesse an der EU		
Interesse an europäischer Politik	,052 (,043)	-,032 (-,016)
Adj. R^2	,438	,255

a Die Koeffizienten sind standardisierte Regressionskoeffizienten; in Klammern die unstandardisierten Koeffizienten; alle Werte sind signifikant auf dem 1%-Niveau; nach der Bevölkerungsgröße gewichtetes Aggregat der Befragten aller Länder.
Quelle: Eurobarometer 42 (1994).

Die zweite abhängige Variable ist die *Unterstützung einer europäischen Regierung*, die dem Europäischen Parlament gegenüber verantwortlich ist. Die Ergebnisse der OLS-Analyse unterscheiden sich von denjenigen der generalisierten Unterstützung der EU. Der relativ wichtigste Prädiktor ist die Einstellung zum Europäischen Parlament (Handeln im Bürgerinteresse: EP), also einem Indikator der demokratischen Performanz der EU. Die Höhe der standardisierten Regressionskoeffizienten der beiden Indikatoren der systemischen Performanz ist vergleichsweise geringer. Es hat also den Anschein, dass das Demo-

kratiedefizit der EU zwar keinen nennenswerten Einfluss auf die generalisierte Unterstützung der gegenwärtigen EU hat, sehr wohl aber einen auf die Einstellung zur weiteren politischen Integration der EU. Diese Schlussfolgerung scheint aus mehreren Gründen aber etwas vorschnell zu sein.

Erstens bezieht sich die abhängige Variable auf eine bestimmte Form der politischen Integration der EU, und zwar auf die Errichtung einer europäischen Demokratie. Diesbezüglich liegt ein Einfluss der demokratischen Performanz der EU sicherlich nahe. Zweitens, und das ist das gravierendere Problem, ist es eine offene Frage, inwieweit der Indikator „Handeln im Bürgerinteresse: EP“ tatsächlich demokratische Performanz erfasst, wie das von Rohrschneider (2002) und bislang auch von uns unterstellt wurde. Es wird gefragt, ob das Individuum sich darauf verlassen kann, dass das Europäische Parlament im Interesse von Leuten wie ihm selbst handelt. Einerseits ist in dem demokratischen Kriterium der Responsivität die normative Erwartung enthalten, dass die Entscheidungsträger sich nach den Präferenzen der Bürger richten müssen, und diesen Gesichtspunkt greift der Indikator auf. Andererseits aber gehört zu dem Responsivitätskriterium auch, dass weniger die einzelnen Bürger der Bezugspunkt sind, sondern die Bürger insgesamt – der Demos also – und dabei soll die Stimme jeden Bürgers dasselbe Gewicht haben. Dieser Gesichtspunkt ist in der Frage mit der spezifischen Wendung „people like yourself“ bestenfalls angedeutet. Es ist also zu vermuten, dass eine mehr oder weniger große Anzahl der Befragten bei ihrer Antwort auf diese Frage an das eigene Interesse denkt und hier letztlich eine Nutzenabwägung vornimmt. Im Unterschied zur Mitgliedschaftsfrage wird der Nutzen dann nicht auf das eigene Land bezogen, sondern auf sich selbst als Individuum. Es kann also angenommen werden, dass der Indikator teilweise demokratische, teilweise aber auch systemische Performanz der EU misst. Der eindeutigere Indikator für demokratische Performanz, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU, hat im Vergleich zu dieser Einstellung zum Europäischen Parlament eine erheblich geringere Erklärungskraft für die Unterstützung einer europäischen Regierung. Aufgrund der vorgebrachten Argumente können zwei Schlussfolgerungen gezogen werden. Der Einfluss der demokratischen Performanz ist für die Unterstützung einer europäischen Regierung größer als bei der generalisierten Unterstützung der EU. Aber auch bei der Unterstützung einer europäischen Regierung haben die beiden Indikatoren der systemischen Performanz zusammengenommen einen stärkeren Effekt als die beiden Indikatoren der demokratischen Performanz.

Bislang wurde noch nicht auf den Stellenwert der Einstellungen zum eigenen Nationalstaat für die Unterstützung der EU eingegangen. In dem Modell der Unterstützung der EU (vgl. Abbildung 2) werden zwei Möglichkeiten des Einflusses dieser Einstellungen vorgesehen: erstens ein direkter Effekt auf die Unterstützung der EU und zweitens ein Effekt auf diejenigen Einstellungen, die die Unterstützung der EU unmittelbar determinieren. Die

erste Möglichkeit wird durch unsere Analyse eindeutig falsifiziert. Wenn diese Einstellungen zum Nationalstaat zusätzlich zu den in der Tabelle 3 aufgeführten direkten Determinanten der generalisierten Unterstützung der EU und der Unterstützung einer europäischen Regierung aufgenommen werden, dann haben sie nach einer entsprechenden OLS-Analyse keine nennenswerte Erklärungskraft (die Ergebnisse werden hier nicht im Einzelnen dargestellt).

Anders sieht es bei der zweiten Möglichkeit aus. In der Tabelle 4 sind die bivariaten Regressionskoeffizienten (identisch mit Pearson's r) verzeichnet, die den Einfluss der Einstellungen zum eigenen Nationalstaat auf die Einstellungen zur EU hinsichtlich der bedeutungsähnlichen Variablen erfassen. Die Höhe der Regressionskoeffizienten ist in allen Fällen beträchtlich. Der relativ geringste Zusammenhang besteht zwischen der ökonomischen Situation des eigenen Landes und dem Nutzen der Mitgliedschaft in der EU für das eigene Land (0,183) und der relativ höchste liegt zwischen dem allgemeinen politischen Interesse und dem Interesse an europäischer Politik vor (0,660). Die Befunde zeigen, dass die Unterstützung der EU zwar auf Perzeptionen und Bewertungen beruht, die direkt auf die EU bezogen sind, dass diese Perzeptionen und Bewertungen aber ihrerseits von Einstellungen zum Nationalstaat beeinflusst werden. Somit liegt eine mehr oder weniger ausgeprägte Generalisierung nationalstaatlicher Einstellungen vor.

Tabelle 4: Effekte der Einstellungen zum Nationalstaat auf die Einstellungen zur Europäischen Union (EU)[a]

		Einstellungen zum Nationalstaat (unabhängige Variablen)				
		Ökonomische Situation gegenwärtig	Handeln in Bürgerinteresse: Nationales Parlament	Demokratie-zufriedenheit: eigenes Land	Nationale Identifikation	Allgemeines politisches Interesse
Einstellungen zur EU (abhängige Variablen)	Mitgliedschaft (Nutzen)	,183 (,090)				
	Handeln in Bürgerinteresse: EP		,366 (,362)			
	Demokratie-zufriedenheit: EU			,423 (,402)		
	Selbstbeschreibung als Europäer				,291 (,284)	
	Interesse an europäischer Politik					,660 (,643)

a Die Koeffizienten sind standardisierte Regressionskoeffizienten; in Klammern die unstandardisierten Koeffizienten; alle Werte sind signifikant auf dem 1%-Niveau; nach der Bevölkerungsgröße gewichtetes Aggregat der Befragten aller Länder.
Quelle: Eurobarometer 42 (1994).

Hinsichtlich der demokratischen Performanz bedeutet das – etwas zugespitzt formuliert –, dass eine positive Einschätzung der demokratischen Performanz des eigenen Landes zu einer positiven Einschätzung der demokratischen Performanz der EU führt. Und nach der durchgeführten Kausalanalyse determiniert die Einschätzung der demokratischen Performanz der EU wiederum die generalisierte Unterstützung der EU und die Unterstützung einer europäischen Regierung. Das ist eine erstaunliche Kausalkette, da sie ihren Ausgang bei einer Einstellung zu einem Regime nimmt, das zweifelsfrei demokratisch ist und diese auf das europäische Regime generalisiert, dem ein erhebliches Demokratiedefizit zugeschrieben wird.

4. Zusammenfassung und Diskussion

In der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion besteht nahezu ein Konsens darüber, dass die objektive Transformation der EU von einem intergouvernementalen zu einem supranationalen Regime auch die subjektiven Einstellungen der Bürger zur EU grundlegend verändert hat. Diese Transformation führte nach dieser Auffassung zu einer Politisierung der EU und als Folge davon wird die EU seitdem nicht mehr nur mit ökonomischen Effizienzkriterien, sondern auch mit demokratischen Standards konfrontiert. Auf diese Weise wird den Bürgern das Demokratiedefizit der EU allererst bewusst und bewirkt eine Erosion der Unterstützung der EU. Diese Auffassung kann durch die hier präsentierten empirischen Befunde nicht bestätigt werden.

Die deskriptive Analyse hat gezeigt, dass sich keine Abnahme der Unterstützung der EU im Zeitverlauf feststellen lässt, die als Konsequenz des Vertrags von Maastricht und des durch diesen Vertrag implementierten Strukturwandels des europäischen Regimes interpretiert werden kann. Auch nach der Verabschiedung dieses Vertrags in den Mitgliedsländern ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie der EU nicht gesunken, sondern sogar angestiegen.

Die Kausalanalysen bezogen sich auf zwei abhängige Variablen: zum einen auf die Unterstützung der gegenwärtigen EU und zum anderen auf die Einführung einer europäischen Demokratie als Zukunftsperspektive. Zur Erfassung eines demokratischen Bewertungsstandards wurde die Einschätzung der demokratischen Performanz der EU herangezogen. Diese hat bei der Erklärung der Unterstützung der gegenwärtigen EU nur einen ganz geringen Stellenwert. Die Einschätzung der demokratischen Performanz der EU selbst beruht weniger auf der Wahrnehmung des Demokratiedefizits der EU als vielmehr auf einer Generalisierung der Zufriedenheit mit der Demokratie des eigenen Landes auf die EU. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die EU auch nach Maastricht vor

allem auf der Grundlage eines instrumentellen Standards bewertet wird. Entscheidend für die Unterstützung der EU ist also nicht die demokratische, sondern die systemische Performanz. Und somit hat das objektive Demokratiedefizit der EU auch nicht die häufig unterstellten negativen Auswirkungen auf die Unterstützung der EU durch die Bürger der Mitgliedsländer.

Etwas anders sieht es im Hinblick auf die Einrichtung einer europäischen Demokratie aus. Auch bei dieser abhängigen Variablen ist die systemische Performanz der wichtigste Prädiktor, aber die demokratische Performanz hat zumindest einen nennenswerten Einfluss. Wenn man von dem relativen Gewicht der beiden Determinanten einmal absieht, dann kann der Analysebefund folgendermaßen zusammengefasst und vereinfacht werden: Eine weitere politische Integration der EU in Form einer europäischen Demokratie wird von den Bürgern in dem Maße befürwortet, in dem das Regime der EU als leistungsfähig angesehen wird, und in dem Maße, in dem sie mit der Demokratie des eigenen Landes zufrieden sind. Die Frage des Demokratiedefizits der EU spielt demnach auch bei der Einstellung zu einer weiteren politischen Integration Europas in Form der Implementation einer euopäischen Demokratie nur eine sekundäre Rolle.

Je nach der Perspektive des Betrachters können diese Ergebnisse ganz unterschiedlich eingestuft werden. Einerseits sind die Auswirkungen des Demokratiedefizits der EU offenbar nicht so gravierend, wie viele befürchtet haben. Andererseits kann die Einrichtung einer europäischen Demokratie nicht mehr problemlos mit der Notwendigkeit der Behebung des Demokratiedefizits begründet werden. Mit dem Argument des Demokratiedefizits ist die Möglichkeit einer Rechtfertigung einer europäischen Demokratie über normative Setzungen hinaus aber nicht erschöpft. Eine soll im Folgenden skizziert werden.

Die Generierung von Unterstützung für ein politisches Regime auf der Grundlage von Leistungen für die Bürger ist grundsätzlich eine fragile Angelegenheit. Bis zum Ende der achtziger Jahre ist das dem europäischen Regime gut gelungen. In den neunziger Jahren hat sich die Leistungsbewertung zwar etwas verschlechtert, ist mehrheitlich aber immer noch positiv. Die Frage ist, ob das so bleiben kann und bleiben wird. Diesbezüglich können mehrere skeptische Argumente vorgebracht werden. Erstens werden durch die Kompetenzerweiterung der EU durch Maastricht mehr verteilungsrelevante Entscheidungen auf der EU-Ebene getroffen als das vorher der Fall war. Die dadurch bewirkte Politisierung der EU hat bislang zwar nicht zu einem stärkeren Unterstützungsabfall geführt, aber das kann eine Frage der Zeit sein. Zweitens werden mit der Osterweiterung der EU die Verteilungskämpfe zwischen den Mitgliedsländern vermutlich drastisch zunehmen und spätestens dann dürfte den Bürgern durchsichtig werden, dass die EU nicht mehr Wohlfahrtssteigerungen für alle gewährleisten kann. Drittens verstärkt die Kompetenzerweiterung der EU die Neigung der Regierungen der Nationalstaaten, Probleme des eigenen Landes zu exter-

nalisieren. Wenn man einmal annimmt, dass diese Faktoren längerfristig die Unterstützung der EU bedrohen, dann stellt sich die Frage, ob diese Unterstützung auf ein andere Grundlage gestellt werden muss und werden kann.

Nach der Theorie von Easton (1965) hängt die Persistenz eines politischen Regimes davon ab, dass sich seine Unterstützung von den Leistungsoutputs der Entscheidungsträger abkoppelt und es „um seiner selbst willen“ akzeptiert wird. Diese Auffassung ist inzwischen zum Allgemeingut der Demokratieforschung geworden. Die Unterstützung um seiner selbst willen bedeutet aber, dass das Regime aufgrund der Werte unterstützt wird, die es institutionalisiert hat. Im Falle der demokratischen Regime der europäischen Nationalstaaten handelt es sich um demokratische Werte. Weil die EU aber kein demokratisches Regime ist, kann diese Legitimationsquelle auch nicht mobilisiert werden. Für die verschiedenen Varianten einer weiteren politischen Integration der EU können sicherlich ganz unterschiedliche Argumente vorgebracht werden. Wenn man der EU aber eine Legitimationsbasis geben will, die relativ unabhängig von den konkreten Leistungen ist, die sie für die Bürger produziert, dann gibt es zu der Einrichtung einer europäischen Demokratie wohl keine Alternative.

Nach unserer Analyse ist es unwahrscheinlich, dass ein Druck zur Verwirklichung einer europäischen Demokratie von den Bürgern selbst ausgeht. Die ganz überwiegende Mehrheit der Bürger der EU weist zwar eine Bindung an demokratische Werte auf, aber diese werden nicht oder nur kaum als ein Bewertungskriterium für die EU herangezogen. Die Option der Einrichtung einer europäischen Demokratie müsste deshalb von den Eliten politisiert werden und für diese Politisierung bilden die Werteprioritäten der Bürger eine mobilisierbare Ressource. Inwieweit eine solche Politisierung aber realistisch ist, ist eine andere Frage.

Anhang

Benennung der Indikatoren	Frageformulierung/Antwortkategorien
Mitgliedschaft (positiv)	Generally speaking, do you think that (our country's) membership of the European Union is …? 1 A good thing, 2 A bad thing (3), 3 Neither good nor bad (2), 4 DK
Auflösung Europäische Union	If you were told tomorrow that the European Union had been scrapped, would you be very sorry about it, indifferent or very relieved? 1 Very sorry, 2 Indifferent, 3 Very relieved, 4 DK
Vereinigung Westeuropas	In general, are you for or against efforts being made to unify Western Europe ? Are you …? 1 For – very much, 2 For – to some extent, 3 Against – to some extent, 4 Against – very much, 5 DK
„Neue" Europäische Union: nach Maastricht	The recent past of the European Community has been marked by a number of significant developments : the "Single Market," the "Treaty of the European Union" (or "Maastricht Treaty"), the election of a new European Parliament, the formation of a new Commission, new countries to become members of the European Union, … Taking everything into consideration, would you say this new "European Union," as it is now called, makes you feel very hopeful, rather hopeful, rather fearful or very fearful? 1 Very hopeful, 2 Rather hopeful, 3 Rather fearful, 4 Very fearful, 5 DK
Europäische Regierung	Are you for or against the formation, for the EU, of a European Government responsible to the European Parliament? 1 For, 2 Against, 3 DK
Machtzuwachs des EP	In fact, the European Parliament has more powers now. Do you think that it is a good thing, a bad thing or neither a good nor a bad thing? 1 A good thing, 2 A bad thing (3), 3 Neither a good nor a bad thing (2), 4 DK
Stärkere Rolle des EP	Would you personally prefer that the European Parliament played a more important or a less important part than it does now? 1 More important, 2 Less important (3), 3 About the same (2) (spontaneous), 4 DK
Souveränitätstransfer zur EU	On this list are four descriptions of how Europe might be organised in the future. Please tell me which one you would prefer. 1. Each country keeps its sovereignty and cares only about its own affairs. 2. The countries work together sometimes, but do not give up their sovereignty and never have to submit to decisions taken by a majority of countries. 3. The countries regularly work together on certain matters within common organisations, to which they transfer a part of their sovereignty; that is, they have to submit to the majority decisions of these common organisations on these matters. 4. The countries transfer all their sovereignty to a single common European state. 5. DK
„Neue" Europäische Union: einheitlicher Markt	Personally, would you say that the Single European Market which came about at the beginning of 1993 makes you feel very hopeful, rather hopeful, rather fearful or very fearful? 1 Very hopeful, 2 Rather hopeful, 3 Rather fearful, 4 Very fearful, 5 DK
Mitgliedschaft (Nutzen)	Taken everything into consideration, would you say that (our country) has on balance benefited or not from being a member of the European Union? 1 Benefited, 2 Not benefited, 3 DK

Benennung der Indikatoren	Frageformulierung/Antwortkategorien
Handeln in Bürgerinteresse: a) Europäische Kommission c) Europäisches Parlament (EP) e) Ministerrat b) Nationale Regierung d) Nationales Parlament	Many important decisions are made by the European Union. They might be in the interest of people like yourself, or they might not. To what extent do you feel you can rely on each of the following institutions to make sure that the decisions taken by this institution are in the interest of people like yourself? a) The European Commission b) The (Nationality) Government c) The European Parliament d) The National Parliament (use proper name for lower house) e) The Council of Ministers of the European Union representing the national governments 1 Can rely on it, 2 Cannot rely on it, 3 DK
EP vertritt Bürgerinteressen	As a European citizen, do you think the European Parliament protects your interests …? 1 Very well, 2 Fairly well, 3 Not very well, 4 Not at all well, 5 DK
Demokratiezufriedenheit: b) EU a) Eigenes Land c) Stadt/Dorf	a) On the whole, are you very satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the way democracy works in (our country)? b) And how about the way democracy works in the European Union (European Community)? c) And how about the way democracy works in this (town/city/village)? (int. choose the most appropriate term) 1 Very satisfied, 2 Fairly satisfied, 3 Not very satisfied, 4 Not at all satisfied, 5 DK
Nationale Identifikation	Would you say that you are very proud, fairly proud, not very proud or not at all proud to be (Nationality)? 1 Very proud, 2 Fairly proud, 3 Not very proud, 4 Not at all Proud, 5 Refusal (Spontaneous), 6 DK
Selbstbeschreibung als Europäer	In the near future do you see yourself as ...? 1 (Nationality) only, 2 (Nationality) and European, 3 European and (Nationality), 4 European only, 5 DK
Politisches Interesse allgemein	To what extent would you say you are interested in politics? 1 A great deal, 2 To some extent, 3 Not much, 4 Not at all, 5 DK
Interesse an europäischer Politik	To what extent would you say you are interested in European politics, that is to say matters related to the European Union (European Community): a great deal, to some extent, not much or not at all? 1 A great deal, 2 To some extent, 3 Not much, 4 Not at all, 5 DK
Ökonomische Situation gegenwärtig/ Beschäftigungssituation gegenwärtig	Compared to 12 months ago, do you think that … a) The general economic situation in this country … now is…? c) The employment situation in this country... now is …? 1 A lot better, 2 A little better, 3 Stayed the same, 4 A little worse, 5 A lot worse, 6 DK/Not applicable
Ökonomische Situation zukünftig/ Beschäftigungssituation zukünftig	And over the next 12 months, how do you think ... a) The general economic situation in this country …will be…? c) The employment situation in this country … will be …? 1 A lot better, 2 A little better, 3 Stayed the same, 4 A little worse, 5 A lot worse, 6 DK/Not applicable

Literatur

Almond, Gabriel A.: The Intellectual History of the Civic Culture Concept. In: Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (Hrsg.): The Civic Culture Revisited. Boston: Little, Brown and Company, 1980, S. 1-36.

Almond, Gabriel A.: The Study of Political Culture. In: Gabriel A. Almond: A Discipline Divided. Schools and Sects in Political Science. Newbury Park: Sage, 1990, S. 138-169.

Anderson, Christopher J./Reichert, M. Shawn: Economic Benefits and Support for Membership in the European Union: A Cross-National Analysis. In: Journal of Public Policy 15 (1996), S. 231-249.

Beetham, David/Lord, Christopher: Legitimacy and the European Union. London/New York: Longman, 1998.

Blondel, Jean/Sinnott, Richard/Svensson, Palle: People and Parliament in the European Union: Participation, Democracy, and Legitimacy. New York: Oxford University Press, 1998.

Caldeira, Gregory/Gibson, James L.: The Legitimacy of the Court of Justice in the European Union: Models of Institutional Support. In: American Political Science Review 89 (1995), S. 356-376.

Easton, David: A Framework for Political Analysis. Englewood Cliffs: Prentice-Hall, 1965.

Easton, David: A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: British Journal of Political Science 5 (1975), S. 435-457.

Eichenberg, Richard C./Dalton, Russell J.: Europeans and the European Community: The Dynamics of Public Support for European Integration. In: International Organization 47 (1993), S. 507-534.

Fuchs, Dieter: Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien. In: Greven, Michael (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen: Leske + Budrich, 1998, S. 152-179.

Fuchs, Dieter: Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften. In: Friedrichs, Jürgen/Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): Soziale Integration, Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1999, S. 147-178.

Fuchs, Dieter: Demos und Nation in der Europäischen Union. In: Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt , Friedhelm (Hrsg.): Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. Berlin: edition sigma, 2000, S. 215-236.

Fuchs, Dieter: Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht. In: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002, S. 27- 49.

Gabel, Matthew: Public Support for European Integration: An Empirical Test of Five Theories. In: Journal of Politics 60 (1998), S. 333-354.

Gabel, Matthew/Palmer, Harvey D.: Understanding Variation in Public Support for European Integration. In: European Journal of Political Research 27 (1995), S. 3-19.

Inglehart, Ronald: Cognitive Mobilization and European Identity. In: Comparative Politics 3 (1970), S. 45-70.

Katz, Richard S./Wessels, Bernhard (Hrsg.): The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration. Oxford: Oxford University Press, 1999.

Kielmansegg, Peter Graf: Integration und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen: Leske + Budrich, 1996, S. 47-71.

Lepsius, Rainer M.: Die Europäische Union. Ökonomisch-politische Integration und kulturelle Pluralität. In: Viehoff, Reinhold/Segers, Rien T. (Hrsg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt a. Main: Suhrkamp, 1999, S. 201-222.

Lindberg, Leon N./Scheingold, Stuart A.: Europe's Would-be Polity. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall, 1970.

Niedermayer, Oskar: Trends and Contrasts. In: Niedermayer, Oskar/Sinnott, Richard (Hrsg.): Public Opinion and Internationalized Governance. Oxford: Oxford University Press, 1995, S. 53-72.

Offe, Claus: Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Eine europäische Regimeform unter dem Streß der europäischen Integration. In: Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie. Frankfurt a. Main/New York: Campus, 1998, S. 99-135.

Rohrschneider, Robert: The Democracy Deficit and Mass Support for an EU-wide Government. In: American Journal of Political Science 46 (2002), S. 463-475.

Roller, Edeltraud: Die Leistungsfähigkeit von Demokratien. Eine Analyse des Einflusses politischer Institutionen auf die Effektivität von Politiken und Politikmustern in westlichen Demokratien 1974-1995. Habilitationsschrift. Freie Universität Berlin 2001.

Scharpf, Fritz W.: Demokratieprobleme in der Europäischen Mehrebenenpolitik. In: Merkel, Wolfgang/Busch, Andreas (Hrsg.): Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme. Frankfurt a. Main: Suhrkamp, 1999, S. 672-694.

Thomassen, Jacques/Schmitt, Hermann: Introduction: Political Legitimacy and Representation in the European Union. In: Schmitt, Hermann/Thomassen, Jacques (Hrsg.): Political Representation and Legitimacy in the European Union. Oxford: Oxford University Press, 1999, S. 3-21.

Wessels, Bernhard: Evaluations of the EC: Elite or Mass-Driven? In: Niedermayer, Oskar/Sinnott, Richard (Hrsg.): Public Opinion and Internationalized Governance. Oxford: Oxford University Press, 1995, S. 137-162.

Zaller, John R.: The Nature and Origins of Mass Opinion. Cambridge: Cambridge University Press, 1992.

WZB Forschungsschwerpunkt III „Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse“

Auswahl der Arbeitspapiere (Stand: Dezember 2002)

Abteilungsübergreifend

FS III 96-301 The Mass Media and Modern Government
Kenneth Newton

FS III 96-302 Das intermediäre System der Politik als Orientierungssystem der Bürger
Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Dieter Rucht und Bernhard Weßels

Abteilung 1 „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“

FS III 90-101 Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze.
Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt

FS III 92-101 Anbieter von öffentlichen politischen Veranstaltungen in West-Berlin.
Barbara Blattert
Nachfrager und wahrgenommenes Angebot von öffentlichen politischen Veranstaltungen in der Bundesrepublik.
Jürgen Gerhards

FS III 92-103 Dokumentation und Analyse von Protestereignisssen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat), Codebuch.
Dieter Rucht, Peter Hocke und Thomas Ohlemacher

FS III 93-101 Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit.
Jürgen Gerhards

FS III 93-102 Selbstkontrolle in den Medien: Der Deutsche Presserat und seine Möglichkeiten.
Jessica Eisermann

FS III 93-103 Prominenz in der Bundesrepublik.
Birgit Peters

FS III 94-101 Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?
Barbara Blattert, Dieter Rink und Dieter Rucht

FS III 95-101 A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe.
Ruud Koopmans

FS III 95-103 German Unification, Democratization and the Role of Social Movements: A Missed Opportunity.
Dieter Rucht

FS III 95-105 Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994.
Jürgen Gerhards und Monika Lindgens

FS III 97-101 Citizenship, National Identity and the Mobilisation of the Extreme Right. A Comparison of France, Germany, the Netherlands and Switzerland
Ruud Koopmans and Hanspeter Kriesi

FS III 98-101 Proteststrukturen im Ost-West-Vergleich 1989 - 1992
Susann Burchardt

FS III 98-103 Die Branchenstruktur der Markt- und Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1996. Eine deskriptive Analyse
Simone Wack

FS III 98-104 Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925-1930
Helmut K. Anheier, Friedhelm Neidhardt und Wolfgang Vortkamp

FS III 98-105 Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany
Ruud Koopmans and Paul Statham

FS III 98-106 Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders und Barbara Pfetsch

FS III 98-107 Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Christiane Eilders und Albrecht Lüter

FS III 99-101 Government News Management - Strategic Communication in Comparative Perspective
Barbara Pfetsch

FS III 99-102 (Re)constructing Community in Berlin; Of Jews, Turks and German Responsibility
Jonathan Laurence

FS III 99-103 ”In Russia we were Germans, and now we are Russians.” - Dilemmas of Identity Formation and Communication among German-Russian Aussiedler
Barbara Pfetsch

Abteilung 2 „Institutionen und sozialer Wandel“

FS III 91-201 Ein analytisches Schema zur Klassifikation von Politikinhalten.
Edeltraud Roller

FS III 93-202 Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses.
Dieter Fuchs

FS III 93-203 A Metatheory of the Democratic Process.
Dieter Fuchs

FS III 93-205 Mass Media: Political Independence of Press and Broadcasting Systems.
Katrin Voltmer

FS III 94-201 Democratic Transformation and the Prerequisites of Democratic Opposition in East and Central Europe.
Bernhard Wessels und Hans-Dieter Klingemann

FS III 94-202 Cultural Conditions of the Transformation to Liberal Democracies in Central and Eastern Europe.
Dieter Fuchs und Edeltraud Roller

FS III 94-206 The Evolution of Western Foreign Aid Programs.
Thomas R. Cusack und Joyce P. Kaufman

FS III 96-201 Political Science: The Discipline.
Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann

FS III 96-202 Contexts of Political Protest in Western Democracies: Political Organization and Modernity.
Edeltraud Roller und Bernhard Wessels

FS III 96-203 Problemreich und konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung.
Thomas R. Cusack und Bernhard Weßels

FS III 96-204 Social Alliances and Coalitions: The Organizational Underpinnings of Democracy in West Germany.
Bernhard Wessels

FS III 96-205 Abbau des Sozialstaats. Einstellungen der Bundesbürger zu Kürzungen von Sozialleistungen in den neunziger Jahren.
Edeltraud Roller

FS III 96-206 System Characteristics Matter: Empirical Evidence from Ten Representation Studies.
Bernhard Wessels

FS III 96-207 Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung.
Dieter Fuchs

FS III 96-208 Legislative Recruitment in Germany: Professionalization or Political Class?
Bernhard Wessels

FS III 97-201 Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments.
Thomas R. Cusack

FS III 97-202 The Electoral Process in the Unified Germany.
Dieter Fuchs und Robert Rohrschneider

FS III 97-203 Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien
Dieter Fuchs

FS III 98-201 Vom Konsens zum Dissens? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich.
Christian Welzel

FS III 98-202 Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis.
Hans-Dieter Klingemann

FS III 98-203 Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes.
Hans-Dieter Klingemann und Richard I. Hofferbert

FS III 98-204 The Political Culture of Unified Germany
Dieter Fuchs

FS III 99-201 Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation.
Christian Welzel und Thomas R. Cusack

FS III 99-202 Analyzing Democratic Change and Stability: A Human Development Theory of Democracy.
Christian Welzel und Ronald Inglehart

FS III 99-203 Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften.
Dieter Fuchs

FS III 99-204 Die demokratische Gemeinschaft in den USA und in Deutschland.
Dieter Fuchs

FS III 99-205 Political Consequences of Germany's Mixed-Member System: Personalization at the Grass-Roots?
Hans-Dieter Klingemann und Bernhard Wessels

FS III 00-201 Structures of diversity of press and broadcasting systems: The institutional context of public communication in Western democracies.
Katrin Voltmer

FS III 00-202 Ideology-Driven Public Opinion Formation in Europe: The Case of Third Sector Attitudes in Sweden.
Staffan Kumlin

FS III 00-203 Industrielle Beziehungen in Ostdeutschland: Zwischen Eigensinn und Paternalismus.
Wolfgang Schroeder

FS III 00-204 Ministerial Bureaucracies as Stand-In Agenda Setters? A Comparative Description.
Kai-Uwe Schnapp

FS III 00-205 Typen und Indizes demokratischer Regime. Eine Analyse des Präsidentialismus- und des Veto-Spieler-Ansatzes.
Dieter Fuchs

FS III 00-206 Eastward Enlargement of the European Union and the Identity of Europe.
Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann

FS III 00-207 Democracy and Its Discontents in Post-Wall Germany.
Richard I. Hofferbert und Hans-Dieter Klingemann

FS III 01-201 Human Development as a General Theory of Social Change: A Multi-Level and Cross-Cultural Perspective.
Christian Welzel, Ronald Inglehart und Hans-Dieter Klingemann

FS III 01-202 Human Development and the "Explosion" of Democracy: Variations of Regime Change across 60 Societies.
Christian Welzel und Ronald Inglehart

FS III 01-203 Types and Indices of Democratic Regimes.
Dieter Fuchs

FS III 01-204 Regierungsstabilität in Osteuropa. Der Einfluss von Parlamenten und Parteien.
Philipp Harfst

FS III 02-201 Manifesto Coding Instructions (Second Revised Edition).
Andrea Volkens

FS III 02-202 Contextual Effects on the Vote in Germany: A Multilevel Analysis.
Jan Pickery

FS III 02-203 Handbuch zur Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente von Parteien und Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland
Andrea Volkens

FS III 02-204 Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa
Dieter Fuchs

Abteilung 3 „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

FS III 98-401 Inequality and Support for Redistributive Policy: One World of Post-Communism, Two Worlds of Western Capitalism?
Jan Delhey

FS III 98-402 Über die Möglichkeit einer kontinuierlichen und zügigen Fortsetzung des chinesischen Modernisierungsprozesses
Li Pengcheng

FS III 98-403 Lebensstile im Zeitvergleich: Typologien für West- und Ostdeutschland 1993 und 1996
Annette Spellerberg und Regina Berger Schmitt

FS III 98-404 Teilzeitbeschäftigte in Europa. Arbeitsbedingungen, Familienkontext, Motive und subjektive Bewertungen
Karin Schulze Buschoff und Jana Rückert

FS III 98-405 Das Erwerbsverhalten von Frauen im europäischen Vergleich. Welche Faktoren beeinflussen Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche?
Karin Schulze Buschoff, Inge Weller und Jana Rückert

FS III 98-406 Rette sich, wer kann? Die Krise der gesetzlichen Rentenversicherung und die Privatisierung der Altersvorsorge
Thomas Bulmahn

FS III 98-407 Taking Stock: German Unification as Reflected in the Social Sciences
Thomas Bulmahn

FS III 99-401 Wohnsuburbanisierung am Beispiel Berlin. Ein Erklärungsrahmen
Wilhelm Hinrichs

FS III 99-402 Income Dynamics in Three Societies. An investigation of social dynamics using ”old” and ”new” types of social indicators
Zsolt Spéder, Roland Habich

FS III 99-403 Inequality and Attitudes. Postcommunism, Western Capitalism and Beyond
Jan Delhey

FS III 99-404 Social Reporting in the 1970s and 1990s
Wolfgang Zapf

FS III 99-405 New Structures of Inequality. Some Trends of Social Change in Modernized Societies
Heinz-Herbert Noll

FS III 99-406 Teilzeitarbeit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. Individuelle Dynamik und Haushaltskontext im Ländervergleich
Karin Schulze Buschoff unter Mitarbeit von Jana Rückert-John

FS III 99-407 Komparative und nicht-komperative Ansätze zur Analyse der Europäisierung der Sozialstrukturen
Bernhard Schäfers

FS III 99-408 Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland
Petra Böhnke, Jan Delhey

FS III 99-409 Entwicklung der Wohnverhältnisse in Ost- und Westdeutschland
Wilhelm Hinrichs

FS III 99-410 Demokratieentwicklung und Mitwirkung in Ostdeutschland
Eckhard Priller

FS III 99-411 Attribute einer lebenswerten Gesellschaft: Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit
Thomas Bulmahn

FS III 99-412 Über die materielle zur inneren Einheit? Wohlstandslagen und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland
Jan Delhey, Petra Böhnke

FS III 99-413 Poverty in a Multidimensional Perspective. Great Britain and Germany in Comparison
Petra Böhnke, Jan Delhey

FS III 00-402 Modernity and Happiness. The Case of Germany
Thomas Bulmahn

FS III 00-403 Understanding Regime Support in New Democracies. Does Politics Really Matter More Than Economics
Jan Delhey, Verena Tobsch

FS III 00-404 How to evaluate German unification?
Wolfgang Zapf

FS III 01-401 The Euromodule. A New Instrument for Comparative Welfare Research
Jan Delhey, Petra Böhnke, Roland Habich, Wolfgang Zapf

FS III 01-402 Nothing Left to Lose? Poverty and Social Exclusion in Comparison. Empirical Evidence on Germany
Petra Böhnke

FS III 01-403 The Prospects of Catching Up for New EU Members. Lessons for the Accession Countries to the European Union from Previous Enlargements
Jan Delhey

FS III 01-404 Why Social Policy Needs Subjective Indicators
Ruut Veenhoven

FS III 01-405 Patterns of Popular Support for the Welfare State. A Comparison of the United Kingdom and Germany
Steffen Mau

FS III 01-406 Social Cleavages and Political Conflicts in the Contemporary Czech Society
Pavel Machonin

FS III 01-407 Reporting on Social Exclusion: Standard of Living and Social Participation in Hungary, Spain, and Germany
Petra Böhnke

FS III 02-401 Korruption in Bewerberländern zur Europäischen Union. Institutionenqualität und Korruption in vergleichender Perspektive
Jan Delhey

FS III 02-402 Who Trusts? The Origins of Social Trust in Seven Nations
Jan Delhey, Kenneth Newton

FS III 02-403 Zur Entwicklung der privaten Altersvorsorge. Vorsorgebereitschaft, Vorsorgeniveau und erwartete Absicherung im Alter
Thomas Bulmahn

Bitte die nächste Seite beachten!
See the following page, please!

Die Arbeitspapiere können bestellt werden/The discussion papers can be ordered:

Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)
Pressestelle
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Bestellungen von Arbeitspapieren: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die Arbeitspapiere vom WZB anfordern, eine **0,51 Euro-Briefmarke pro Papier** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte Arbeitspapier einen „Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.
Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von Arbeitspapier per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie Ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit Ihrer eigenen Adresse versehenen **Aufkleber** bei.
Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen – wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahme unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for Papers

We ask for a 0,51 Euro-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are kindly requested to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.
The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.